

Antrag der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit*
vom 12. März 2020

5569 a

**Beschluss des Kantonsrates
über die Genehmigung der Abrechnung des Kredites
für den Bau eines Bezirksgebäudes in Dietikon**

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 21. August 2019 und der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit vom 12. März 2020,

beschliesst:

I. Die Abrechnung des Kredites für den Bau eines Bezirksgebäudes in Dietikon wird genehmigt.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 12. März 2020

Im Namen der Kommission
für Justiz und öffentliche Sicherheit

Der Präsident: Der Sekretär:
Tobias Mani Daniel Bitterli

* Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit besteht aus folgenden Mitgliedern: Tobias Mani (Präsident), Wädenswil; Renate Dürr, Winterthur; Andrea Gisler, Gossau; Urs Hans, Turbenthal; Jacqueline Hofer, Dübendorf; Benedikt Hoffmann, Zürich; Martin Huber, Neftenbach; Laura Huonker, Zürich; René Isler, Winterthur; Angie Romero, Zürich; Simon Schlauri, Zürich; Rafael Steiner, Winterthur; Beatrix Stüssi, Niederhasli; Janine Vannaz, Aesch; Daniel Wäfler, Gossau; Sekretär: Daniel Bitterli.

Begründung

Am 15. Mai 2002 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat die Bewilligung eines Objektkredites von Fr. 57 742 000 für den Bau eines Bezirksgebäudes in Dietikon (Vorlage 3972). Am 9. Februar 2004 bewilligte der Kantonsrat einen Objektkredit von Fr. 52 000 000 (Vorlage 3972a). In der Folge wurde das Projekt überarbeitet und der Kostenvoranschlag auf die bewilligten Fr. 52 000 000 verringert.

Im weiteren Verlauf des Projekts mussten mehrere Änderungen am Raumprogramm vorgenommen werden. Im Verlauf der Planung, teilweise sogar während der Bauzeit, gab es zudem immer wieder veränderte Anforderungen an das Gebäude. Insgesamt wurde die bewilligte Kreditsumme schlussendlich netto um Fr. 4 094 259 (6,9%) überschritten.

Die Abrechnung des am 9. Februar 2004 bewilligten Objektkredites für den Neubau der Bezirksverwaltung Dietikon wurde von der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit sachlich geprüft und für korrekt befunden.

Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit beantragt dem Kantonsrat mit Beschluss vom 12. März 2020 einstimmig, diese Abrechnung zu genehmigen.